



Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

- a) **Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind**

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZT 6 - Vergaben
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-33234
Fax: 030/227-30374
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Geschäftszeichen/Vergabenummer: **ZT6-1133-2013-017-18-IT3**

- b) **Art der Vergabe**

Öffentliche Ausschreibung

- c) **Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit einer den Vergabeunterlagen beiliegenden Angebotsbeschriftung versehen. Eine elektronische Angebotsabgabe ist nicht möglich.

- d) **Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung**

Einmalige wiederkehrende Sachverständigenprüfung der elektroakustischen Notfallwarnsysteme (ENS) in den Liegenschaften des Deutschen Bundestages

- e) **Gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Eine Teilung in Lose ist nicht vorgesehen.

- f) **Gegebenenfalls Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- g) **Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

Leistungsbeginn ist spätestens 6 Wochen nach Auftragserteilung. Die Prüfungen sollten überwiegend in sitzungsfreien Wochen durchgeführt werden. Der geplante Zeitraum für die Prüfungen ist Juni 2013 bis September 2013.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

Siehe a)

i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Ende der Angebotsfrist: 10.04.2013, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31.05.2013

j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

Keine

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Leistungsbeschreibung und Besondere Vertragsbedingungen, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) in der bei Angebotsabgabe gültigen Fassung.

l) Mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen

Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind

- Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind Art und Umfang der durch Unterauftragnehmer auszuführenden Leistung anzugeben und die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Ferner ist eine Erklärung des vorgesehenen Unterauftragnehmers beizufügen, in welcher er angibt, im Falle des Zuschlags auf Ihr Angebot, Teilleistungen im Rahmen dieser Vertragsabwicklung zu erbringen. Falls zutreffend, hat der Unterauftragnehmer die im Folgenden genannten Angaben/Nachweise vorzulegen.
- Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,
 - in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist;
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist;
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt;
 - dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen und
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen.
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben.

- Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister**/ in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung „INS“.
- Eigenerklärung über die Anzahl der für die Leistungserbringung vorgesehenen **Prüfsachverständigen** und/ oder anerkannten Sachverständigen für die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen in der Fachrichtung **Brandmelde- und Alarmierungsanlagen (BMA)**, die in Berlin oder einem anderen Bundesland anerkannt und gelistet sind (**mindestens zwei**). Falls die Leistung mit Hilfe eines Unterauftragnehmers erbracht werden soll, müssen Auftragnehmer und Unterauftragnehmer zusammen mindestens 2 Sachverständige für BMA nachweisen.
- Eigenerklärung über die Mitgliedschaft in einer **Berufsgenossenschaft**.

Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind

- **Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis** (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden, Laufzeit mindestens entsprechend des Vertragszeitraums)
- Nachweis über die Anzahl der für die Leistungserbringung vorgesehenen **Prüfsachverständigen** und/ oder anerkannten Sachverständigen für die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen in der Fachrichtung **Brandmelde- und Alarmierungsanlagen (BMA)**, die in Berlin oder einem anderen Bundesland anerkannt und gelistet sind (**mindestens zwei**). Falls die Leistung mit Hilfe eines Unterauftragnehmers erbracht werden soll, müssen Auftragnehmer und Unterauftragnehmer zusammen mindestens 2 Sachverständige für BMA nachweisen.

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz:
- Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

m) Sofern verlangt, Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen

Keine

n) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot nach dem Kriterium Preis (Gewichtung 100 Prozent).

o) Sonstige Hinweise

Bieterfragen werden grundsätzlich nur bis zum 03.04.2013 beantwortet. Die Beantwortung

später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.